

Gegen die Wand

Die jüngsten Zahlen zu Leistung und sozialer Zusammensetzung der Schüler_innenschaft zeigen einmal mehr: der Fehler liegt im System

Man könnte fast meinen, dass die Oppositionskräfte um CDU und FDP den Weg für die Einrichtung ‚einer Schule für alle‘ ebnen wollen. Das Drängen um die Veröffentlichung der Daten über die Leistungen der Schüler_innen an Hamburgs Schulen taugt auf jeden Fall dazu, diesen Prozess zu beschleunigen.

Das, was man eigentlich schon vorher wusste, wird nun

Stadtteilschule und Gymnasium immer weiter vertieft – dies zeigen die jüngsten veröffentlichten Zahlen –, sondern darüber hinaus wird offenbar, in welchem Maße sich auch die Stadtteilschulen unterscheiden. Das bezieht sich sowohl auf die Zusammensetzung der Schüler_innenschaft als auch auf die Ergebnisse ihrer Leistungen. Nichts macht eine jüngste Untersuchung der BSB



Grafik: Roland von Selzam

auf jeden Fall nun nicht passieren wird: Die Präferenz der Eltern bei der Wahl der Schulform für ihre Kinder nach der vierten Klasse wird sich nicht zugunsten der Stadtteilschule steigern lassen.

Man sieht förmlich wie von Jahr zu Jahr – salopp gesagt – die Kiste heftiger gegen die Wand gefahren wird. Das Tragische: es geht hier um die Zukunft von Kindern! Die Verhältnisse schreiben folglich nach Veränderung. Und dies kann nur bedeuten, dass man die Strukturen neuerlich infrage stellen muss. Dazu gehört zuallererst: die Zusammensetzung der Schüler_innenschaft! Wie kann es in einer Klasse mit fast ausschließlich Nichtmuttersprachler_innen, von denen nicht selten die Hälfte einen diagnostizierten Förderbedarf haben, gelingen, Lernergebnisse zu erzielen, die auch nur im Ansatz mit denen von Schüler_innen vergleichbar wären, die in sozial ausgewogenen Schulen lernen? Dazu muss das jetzige Sprengel-System auf den Prüfstand, das die schulische Segregation verstärkt (s. Kasten auf Seite 9). Darüber hinaus müssen die ‚Lasten‘, die man im übrigen genauso gut positiv als Herausforderung ansehen kann, gleichmäßig auf die Schulen verteilt werden. Es kann nicht angehen, dass die Stadtteilschulen die Inklusion allein tragen und auch die Flüchtlingskinder



Bekanntes propagandistisch aufgemischt, HA vom 13.9.2016. Dank einer kleinen Anfrage der FDP-Fraktion wissen wir es jetzt: Über 40 Prozent der Achtklässler_innen an Stadtteilschulen erreichen beim "Deutsch-Leseverstehen" und in Mathe nicht die Mindeststandards, die am Ende der zehnten Klasse für einen mittleren Schulabschluss nötig sind. Bei den Gymnasiast_innen waren es nur 2,5 Prozent, in Mathe 0,5

offenbar: durch die Dimension der sozialen Spaltung der Stadt verteilen sich hierzu analog die Bildungschancen. Nicht nur, dass der bekannte Graben sich in Hinblick auf die Leistungen in den Kulturtechniken Lesen, Schreiben, Rechnen zwischen

zur Situation der Stadtteilschulen deutlicher als den direkten Zusammenhang zwischen der sozialen Lage (ausgedrückt im so genannten KESS-Faktor) und den erbrachten Leistungen, wie sie jüngst die Kermit Ergebnisse zutage förderten s.S.62. Was

Anders als man denkt

Als vor geschätzten 25 Jahren einmal eine so genannte Fehlbelegungsabgabe eingeführt wurde, habe ich dies für richtig gehalten. Es ging darum, diejenigen zur Kasse zu bitten, die bspw. als Student_in Anspruch auf eine günstige Sozialbauwohnung gehabt hatten, durch ein stattliches Einkommen aber längst dieser Förderung entwachsen waren. Es war nur nachvollziehbar, dass man dieses Wohnen auf falschem Ticket als ungerecht ansah. Die Reaktion der Betroffenen war nun aber nicht, diese Abgabe zu zahlen, sondern sie suchten sich Wohnungen in anderen Stadtteilen, die nicht mehr wesentlich teurer waren als die durch die Fehlbelegungsabgabe erhöhte Miete der Sozialbauwohnung. Man schuf hierdurch zwar mehr Gerechtigkeit, aber mit dem Preis der räumlichen Segregation, unter der heute unter verschiedenen Gesichtspunkten die Stadt ‚leidet‘.

Mir kommt dies immer in den Kopf, wenn es um die Anmeldezahlen an den Stadtteilschulen geht. Auch hier hatte man um der Gerechtigkeit willen das besondere Anmeldeverfahren, das bestimmte Stadtteilschulen mit Schulversuchsstatus hatten, abgeschafft. Danach durften nämlich besagte Schulen 45 Prozent ihrer Schüler_innen selbst auswählen. Dass dies zunehmend Spannungen produzieren musste, lag auf der Hand. Das Ergebnis war nämlich, dass jene Schulen einen deutlich höheren Anteil gymnasial empfohlener Schüler_innen aufwiesen als die übrigen Stadtteilschulen. Es konnte somit passieren, dass diese begehrten Stadtteilschulen – oft mit einem

besonderen Profil ausgestattet, das ihnen ja den Status der Versuchsschule verliehen hatte – Schüler_innen aus ihrem unmittelbaren örtlichen Umfeld abweisen mussten.

Dies rief erwartungsgemäß die Politik auf den Plan. Es kam 2010 zu der Regelung, dass nur noch die Entfernung zwischen Wohnort und Schule darüber entschied, ob ein Schüler/eine Schülerin aufgenommen wurde. Man konnte dem eigentlich kaum etwas entgegensetzen, schließlich ging es auch hier um mehr soziale Gerechtigkeit. Viele Mitstreiter_innen dachten wie ich, dass dies die gerechtere Lösung sei.

Aber wie so oft hatte man auch hier – wie bei der Fehlbelegungsabgabe – die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Viele Eltern aus den so genannten bildungsnahen Schichten, deren Kinder

Kinder, die mit dem Prädikat „gymnasiale Empfehlung“ ausgestattet sind, gehen der Stadtteilschule verloren

erwartbar überproportional den schulischen Leistungsanforderungen entsprechen (ich erspare mir an dieser Stelle die Begründung), versuchen immer wieder ihre Kinder an

jenen Stadtteilschulen anzumelden, von deren pädagogischem und inhaltlichem Konzept (Profil) sie überzeugt sind. Die Schulen müssen die allermeisten dieser Kinder, die mit dem Prädikat „gymnasiale Empfehlung“ ausgestattet sind, abweisen, weil sie zu weit weg wohnen. Da die Eltern dieser Kinder aber nicht bereit sind, ihre Sprößlinge auf eine x-beliebige Stadtteilschule zu schicken, melden sie sie dann an einem Gymnasium an, das in ihrem Stadtteil bzw. Einzugsbereich liegt. Dies bedeutet, sie gehen der Stadtteilschulsäule verloren.

Setzt man auch in Zukunft bei den Stadtteilschulen auf eine besondere inhaltliche wie pädagogische Ausrichtung (s. Interview S.12), kommt man nicht darum herum, neu zu denken.

Die Fehlbelegungsabgabe wurde übrigens 2002 abgeschafft.

JOACHIM GEFFERS

überproportional an diejenigen Stadtteilschulen geschickt werden, die ohnehin zu den sozial belastetsten gezählt werden. Also, wenn man es städteplanerisch dank des Diktats der Wohnpreisentwicklung über den Markt schon nicht hinkriegt, eine sozial ausgewogenere Verteilung der Menschen über die Stadt zu gewährleisten, muss man – zumindest gedanklich – Konzepte

durchspielen, wie sie die USA in den 1970-er Jahren praktiziert haben: Damals wurden bekanntlich sozial Benachteiligte, i.d.R. Kinder von Afroamerikanern, mit Bussen an die Schulen in sozial ausgewogeneren Stadtteilen gefahren. Ein Wort, das ‚busing‘, wurde geboren. Der *white-trash* und Teile des Bürgertums gingen damals dagegen auf die Straße.

Nun ist mir auch klar, dass

dies flächendeckend nicht so viel Sinn macht geschweige denn politisch durchsetzbar ist, aber es wäre ein Fanal, das dazu taugt, die Bevölkerung aus ihrer Gleichgültigkeit zu reißen!

Wer die Biografien von Kindern aus Migrantenfamilien liest, die auf irgendeine Weise den Bildungsaufstieg geschafft haben, wird in den allermeisten Fällen erkennen, dass es immer

Gemeldete Straftaten im vergangenen Schuljahr an Hamburger Schulen	Grundschulen	Stadtteilschulen	Gymnasien	Berufliche Schulen	Förder-Sonderschulen und ReBBz-Standorte	Gesamtzahl der Meldungen
Straftaten gegen das Leben	0	0	0	1	0	1
Sexualdelikte	8	10	2	0	4	24
Raub / Erpressung	1	7	0	1	1	10
Gefährliche Körperverletzung	68	67	5	13	14	167
Gesamtzahl Schüler Hamburg: 244.156						202

Steigert nicht die Attraktivität der Stadtteilschulen; Quelle BSB



... und die Boulevard-Presse haut genüsslich drauf, MoPo vom 15.9.2016

die Begegnungen mit Menschen aus anderen Schichten und mit anderer Sprache waren, die die nötigen Impulse dafür setzten. Also: Das, was in zarten Ansätzen existiert – Patenschaften mit Kindern und Familien aus sozial benachteiligten Milieus –, gehört ausgebaut. Die Menschen müssen in die Verantwortung genommen werden und an ihren eigenen Ansprüchen gemessen werden. Wie könnte man es besser ausdrücken als mit dem christlichen Motto: ‚Einer trage des anderen Last‘.

Schließlich gehören alle Curricula auf den Prüfstand, die nicht explizit die Besonderheiten der Zusammensetzung der Schüler_innenschaft berücksichtigen. Dem Umstand, dass bereits jedes

zweite Kind in Hamburg einen Migrationshintergrund hat – mit steigender Tendenz –, muss viel stärker Rechnung getragen werden als bisher.

Wir haben in dieser Ausgabe einen Beitrag des Erziehungswissenschaftlers Joachim Schroeder abgedruckt (s.S.28), der sich explizit mit dieser Frage auseinandersetzt. Und wir haben ein Gespräch mit einem der Sprecher der Schulleiter_innen an Stadtteilschulen, geführt. Als Schulleiter einer großen ehemaligen Gesamtschule, jetzt Stadtteilschule in Bergedorf, jetzt berichtet er über andere Lernkulturen, die sich seit Jahren etabliert und als erfolgreich erwiesen haben, ohne die Probleme zu verschweigen. Es gibt sie, die andere Pädagogik, die die Veränderungen der Gesellschaft aufnimmt und auf diese Weise die Schüler_innen auf ein Leben vorbereitet, das von Verantwortung dem/der Nächsten gegenüber – welcher Kultur er oder sie auch immer angehören mag – geprägt ist. Darauf blickt man nicht ohne Stolz.

JOACHIM GEFFERS

Sprechstunde zur Arbeitszeit

Die GEW (Hans Voß, GBW-Referent) bietet zum Thema KSP (Kapazitäts- und Strukturplanung) / Lehrerarbeitszeit (Wochenstunden-Bilanz) auch eine Sprechstunde an.

In der KSP-Sprechstunde soll den GEW-Mitgliedern in den Personalräten die Möglichkeit geboten werden, die aus der jeweiligen Schule vorliegenden KSP-Unterlagen (Bilanz der Wochenarbeitszeit) zu analysieren, zu erläutern und Fragen zu klären bzw. zu formulieren.

Da die Analyse einzelner KSPs u. U. zeitin-

tensiv sein kann und um längere Wartezeiten zu vermeiden, bitten wir um eine Email-Anmeldung zu einem Gesprächstermin.

Anmeldung unter ksp@gew-hamburg.de

Bringt bitte die euch vorliegenden KSP-Unterlagen mit.

Der nächste **Termin** ist: 11.10., 1.11., 6.12.2016, 10.1.2017, 14.00-17.00 Uhr. Weitere Infos unter zum download: <http://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine>